



# Dr. Andreas Schockenhoff

für den Wahlkreis Ravensburg im Deutschen Bundestag



## Berlin *aktuell*

Ausgabe Nr. 9/2010 • 07. Mai 2010

### Thema der Woche

---

#### **Europa steht am Scheideweg Bundestag und Bundesrat beschließen Griechenlandhilfe**

Diese Woche im Deutschen Bundestag stand ganz im Zeichen der schwierigen Situation in der Europäischen Währungsunion: Griechenland befindet sich in einer besonderen finanziellen Krise und kann sich am Markt nicht mehr ausreichend finanzieren. Die 15 übrigen Staaten des Euro-Währungsgebietes und der Internationale Währungsfonds sehen sich genötigt, durch die Vergabe von Darlehen in Höhe von 110 Milliarden Euro in den kommenden drei Jahren eine Zahlungsunfähigkeit Griechenlands, die die Finanzstabilität in der gesamten Europäischen Währungsunion gefährden würde, abzuwenden. Bei dem im Deutschen Bundestag engagiert und heftig diskutierten „Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz“ geht es nicht darum, dass unmittelbar Geld aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung gestellt wird. Vielmehr wird der Kreditanstalt für Wiederaufbau ermöglicht, Darlehen aufzunehmen, die sie mit einem Zinsaufschlag an Griechenland weitergibt. Somit entstehen für Deutschland zunächst überhaupt keine Kosten. Mit dieser Maßnahme soll die Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands in den nächsten drei Jahren wieder hergestellt werden. Die erste Lesung des Gesetzes fand an diesem Mittwoch nach der Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel statt. Es gehe um nicht mehr und nicht weniger "als um die Zukunft Europas und damit um die Zukunft Deutschlands in Europa", sagte die Bundeskanzlerin in ihrer Regierungserklärung. Sie stellte außerdem klar, für die in Rede stehenden Kredite „bürgt in letzter Konsequenz der Steuerzahler, also wir alle“. Im Gegenzug hat sich Griechenland zu umfassenden Eigenanstrengungen und harten Maßnahmen verpflichtet. Die Umsetzung des Programms der griechischen Regierung wird vierteljährlich vom Internationalen Währungsfonds überwacht und die Auszahlung weiterer Kredittranchen daran geknüpft. Im ersten Jahr werden 8,4 Milliarden Euro Kredite der KfW gegeben, in den beiden folgenden Jahren noch einmal 14 Milliarden Euro. Angela Merkel

rief die Debatte um den Beitritt Griechenlands zur Eurozone im Jahr 2000 in Erinnerung. Damals habe es Skepsis und Zweifel gegeben. CDU und CSU haben dem Beitritt Griechenlands damals nicht zugestimmt. Auch der Vorsitzende der Unionsfraktion Volker Kauder stellte in der sich an die Regierungserklärung anschließenden Debatte fest, dass Griechenland im Jahr 2000 aus politischen Gründen aufgenommen worden sei. Er verlangte neue Regeln in der EU für eine geordnete Insolvenz für Euro-Staaten, die von Zahlungsunfähigkeit bedroht sind. Zukünftig dürfe es bei einer Entscheidung, wer Mitglied der Europäischen Union oder Mitglied der Eurozone werde, nur nach klaren Fakten und nicht nach politischen Überzeugungen gehen. "Es darf keine Geschenke geben, wenn es um die Stabilität unseres Euro geht", sagte der Fraktionsvorsitzende. Nach Beratungen im federführenden Haushaltsausschuss wurde die Vorlage in zweiter und dritter Lesung an diesem Freitag abschließend im Deutschen Bundestag debattiert. Der Hauptredner der Union, Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, bezeichnete die deutsche Griechenlandhilfe im Umfang von bis zu 22,4 Milliarden Euro als alternativlos. Mit dem Hilfspaket würden die gemeinsame europäische Währung und das europäische Projekt insgesamt verteidigt. Jede andere Alternative sei viel teurer und viel riskanter. Schäuble rief erneut auch die SPD auf, gemeinsam mit der schwarz-gelben Koalition und den Grünen für das Paket zu stimmen. Leider vergeblich – die SPD, die im Jahr 2000 den Beitritt Griechenlands zur Eurozone forcierte, wollte dem von der christlich-liberalen Koalition eingebrachten Gesetz zum Erhalt der Stabilität der Währungsunion und damit den international abgestimmten Maßnahmen zur Stabilisierung des Euro nicht zustimmen und enthielt sich mehrheitlich der Stimme. Ebenfalls an diesem Freitag gab nach dem Bundestag dann auch der Bundesrat mehrheitlich seine Zustimmung für die Griechenlandhilfe.

# Aus Plenum und Lobby

---

## Enquete-Kommission Internet konstituiert

An diesem Mittwoch hat sich die Enquete-Kommission "Internet und digitale Gesellschaft" des Deutschen Bundestages konstituiert. In dem von CDU/CSU, FDP, SPD und Bündnis 90/Die Grünen gefassten Einsetzungsbeschluss heißt es, das Internet sei das "freieste und effizienteste Informations- und Kommunikationsforum der Welt" und trage maßgeblich zur Entwicklung einer globalen Gemeinschaft bei. Unter der Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag, dem Abgeordneten Axel E. Fischer, werden 17 Bundestagsabgeordnete und 17 von den Fraktionen bestimmte Sachverständige bis zur parlamentarischen Sommerpause 2012 politische Handlungsempfehlungen erarbeiten, die der weiteren Verbesserung der Rahmenbedingungen der Informationsgesellschaft in Deutschland dienen. Die Enquete-Kommission soll auf Basis ihrer Untersuchungsergebnisse den staatlichen Handlungsbedarf, national und international, benennen.

## Job-Center-Reform

In erster Lesung hat sich der Deutsche Bundestag in dieser Woche mit den Gesetzentwürfen zur Änderung des Grundgesetzes und zur Weiterentwicklung der Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende beschäftigt. Die bisherige erfolgreiche Arbeitsvermittlung aus einer Hand soll in eine verfassungsgemäße Form überführt werden. Das ist eine wichtige Voraussetzung für die Bewältigung der Langzeitarbeitslosigkeit. Für die Arbeitsuchenden und ihre Familien herrscht damit ebenso Klarheit und Sicherheit wie für die Mitarbeiter in den Verwaltungen. Es ist vorgesehen, dass die Bundesagentur für Arbeit und die Kommunen im Regelfall in gemeinsamen Einrichtungen, den Jobcentern, zusammen arbeiten und ihre Leistungen aus einer Hand erbringen. Daneben werden die bestehenden Optionskommunen dauerhaft abgesichert. Zur angestrebten Organisationsreform betonte der Rastatter Abgeordnete und kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Peter Götz: „Unser Ziel ist eine gleichberechtigte und partnerschaftliche Zusammenarbeit von Kommunen und Bundesagentur für die Arbeit vor Ort. Die im christlich-liberalen Koalitionsvertrag beschriebene Kompetenz und Erfahrung der Kommunen kommt so bestmöglich zum Tragen.“

## Anpassung der Solarvergütungssätze

In zweiter und dritter Lesung hat der Deutsche Bundestag in dieser Woche das Gesetz zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes verabschiedet. Mit diesem Gesetz wird der Ausbau der Photovoltaik weiter vorangetrieben, etwa durch die Verdoppelung des Ausbauzieles. Zugleich wird die im Koalitionsvertrag vereinbarte Senkung der Überförderung der Photovoltaik infolge stark gesunkener Modulpreise umgesetzt. Zur beschlossenen EEG-Novelle erklärte der baden-württembergische Abgeordnete und wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Joachim Pfeiffer: „Die beschlossene Anpassung der Vergütungssätze für Photovoltaikanlagen zum 1. Juli 2010 macht endlich Schluss mit einer Überförderung, die den Investoren Traumrenditen und den Verbrauchern steigende Strompreise beschert.“ Für die Zukunft gilt: Die Solarbranche soll ein wichtiger Eckpfeiler der Stromversorgung aus erneuerbaren Energien werden. Gerade deshalb muss die Förderung stärker darauf abzielen, die Hersteller von Photovoltaikanlagen international wettbewerbsfähig zu machen. Die bisherige Förderstruktur des EEG setzte zu sehr auf bloßes Mengenwachstum und förderte damit hauptsächlich ausländische Hersteller. Diese liefern bereits heute 60 Prozent der in Deutschland installierten Module. Deutschland muss die Technologieführerschaft in der Solarbranche zurückgewinnen. Nur so lassen sich auf Dauer sichere Arbeitsplätze in unserem Land erhalten. Pfeiffer betonte weiter: „Die beschlossene Novellierung des EEG kann nur ein erster Schritt auf dem Weg in Richtung einer stärker auf Marktintegration und Innovation ausgerichteten Förderung der erneuerbaren Energien insgesamt sein.“

## Zitat

«Dies ist ärmlich und erbärmlich.»

(Unionsfraktionsvorsitzender Volker Kauder, am Donnerstag in Berlin über die gescheiterten Verhandlungen mit der SPD für eine gemeinsame Entschließung zur deutschen Griechenland-Hilfe)

# Daten und Fakten

---

- **Konjunkturbedingte Verbesserung am Arbeitsmarkt:**

Die Zahl der Erwerbslosen ist im April um 162.000 auf 3,406 Millionen gesunken. Im Vergleich zum April des Vorjahres waren 178.000 Menschen weniger ohne Arbeit. Die Arbeitslosenquote ging damit auf 8,1 % zurück. Dass die Zahl der Arbeitslosen auch saisonbereinigt um 68.000 sank, macht deutlich, dass der Rückgang der Arbeitslosigkeit seine Ursache nicht allein in der üblichen Frühjahrsbelebung, sondern darüber hinaus auch in einer konjunkturellen Aufhellung hat.

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit)

- **Wirtschaftskrise wirkt sich kaum auf Zahl der Unternehmensgründer aus:**

2009 betrug die Rate der gesamten neuen unternehmerischen Aktivität in Deutschland 4,1 % und unterschied sich damit nicht deutlich von den Vorjahren. So standen im vergangenen Jahr 2,2 % der 18- bis 64-Jährigen im Begriff, ein Unternehmen zu gründen. Weitere 1,9 % hatten sich während der vergangenen dreieinhalb Jahre selbständig gemacht. Im internationalen Vergleich mit 20 hoch entwickelten Ländern belegt Deutschland jedoch nur Platz 15. Deutlich vor Deutschland lagen u.a. Norwegen, Schweiz und die USA.

(Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung)

- **Wir machen Deutschland zur Bildungsrepublik - Berufsbildungsbericht:**

Die christlich-liberale Koalition ist im Herbst des letzten Jahres angetreten, um die Bundesrepublik auf den Weg zur Bildungsrepublik zu bringen. Die Investitionen in Bildung und Forschung steigern wir deshalb massiv: Bis 2013 werden wir zusätzlich 12 Mrd. Euro bereitstellen. Die berufliche Bildung ist ein zentraler Bestandteil dieses Prozesses.

Der Berufsbildungsbericht 2010, den das Kabinett in der vergangenen Woche beschlossen hat, macht deutlich, dass sich in der Wirtschafts- und Finanzkrise auch die Ausbildungssituation für Jugendliche nicht wesentlich verschlechtert hat. Im vergangenen Jahr waren erneut mehr freie Lehrstellen zu verzeichnen als unversorgte Bewerber. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dankt allen Ausbildungsbetrieben des Jahres 2008/2009 für ihr Engagement und appelliert an die Wirtschaft, in ihren Anstrengungen nicht nachzulassen.

Zugleich zeigt der Berufsbildungsbericht aber auch, dass eine große Zahl junger Menschen nicht ausbildungsreif ist und Ihnen damit der Übergang von der Schule in den Beruf schwer fällt. Insgesamt verfügen 15% der jungen Erwachsenen zwischen 20 und 29 Jahren und fast 40% der ausländischen Jugendlichen über keinen Berufsabschluss. Mit dieser hohen Zahl finden wir uns nicht ab. Dabei geht es nicht nur um „Fachkräftemangel“ und „Negativeffekte“ auf unsere Wirtschaft, sondern insbesondere um die Lebenschancen unserer jungen Menschen.

Wir wollen deshalb mit der Ausbildungsoffensive, insbesondere für Jugendliche mit Migrationshintergrund, gezielt zur Bildungsintegration beitragen. Dazu gehört die frühzeitige individuelle Förderung der Jugendlichen ebenso wie die Ausschöpfung der Ausbildungspotentiale ausländischer Unternehmen.

Anlässlich der Vorlage des Berufsbildungsberichtes 2010 hat Bundesministerin Annette Schavan eine neue Initiative „Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss“ vorgeschlagen, mit der der Übergang in die berufliche Ausbildung gefördert werden kann. In Zusammenarbeit mit den Ländern und Sozialpartnern sollen im Rahmen dieser Initiative bildungsgefährdete Jugendliche von der 7. Klasse bis zum Ausbildungsabschluss durch Bildungslotsen begleitet werden.

# Terminvorschau

---

07.05.2010, 20.00 Uhr

Ev. Kirche und Partnerschaftsverein Wangen  
Wangen

08.05.2010, 9.30 Uhr

Landessportbundtag des Württembergischen  
Landessportbundes  
Kultur- und Kongresszentrum in Weingarten

08.05.2010, 14.00 Uhr

Delegiertenversammlung des Landessportbundes  
Kultur- und Kongresszentrum Weingarten

11.05.2010, 19.30 Uhr

3. Ravensburger Wirtschaftsforum  
Zehntscheuer in Ravensburg

12.05.2010, 9.15 Uhr

Besuch des Pro Gymnasiums Altshausen und  
Gespräch mit den Schülern

12.05.2010, 14.30 Uhr

Podiumsdiskussion mit Schülern des Albert-Einstein-  
Gymnasiums Ravensburg (Projekttag)

12.05.2010, 18.00 Uhr

Diskussionsrunde Junge Union Bad Waldsee  
„Zukünftiges Europa – Straßburger Erklärung“  
Bad Waldsee

14.05.2010

Blutritt in Weingarten

17.05.2010, 9.00 Uhr

Präsidiumssitzung der CDU Baden-Württemberg  
Stuttgart

17.05.2010, 10.30 Uhr

Landesvorstandssitzung der CDU Baden-Württemberg  
Stuttgart

17. – 21. 05. 2010

Sitzungswoche in Berlin

## Impressum

---



Dr. Andreas Schockenhoff  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
für den Wahlkreis Ravensburg  
Stellvertretender Vorsitzender  
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel. 030/ 227-73174  
Fax 030/ 227-76955  
Email: andreas.schockenhoff@bundestag.de  
www.schockenhoff.de